



Verband Deutscher
Zeitschriftenverleger



Anmerkungen der deutschen Zeitschriften- und Zeitungsverleger zu Regelungen des Vorschlags der Europäischen Kommission

für eine

Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates

**zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und
zum freien Datenverkehr (Datenschutz-Grundverordnung) vom 25.01.2012**

KOM(2012)11 endg. – 2012/0011 (COD)

Stand 07.06.2012

KAPITEL I ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Artikel 4 **Begriffsbestimmungen**

Art. 4 Nr. 1

Vorschlag der Kommission

(1) „betroffene Person“ eine bestimmte natürliche Person oder eine natürliche Person, die direkt **oder indirekt** mit Mitteln bestimmt werden kann, die der für die Verarbeitung Verantwortliche oder jede sonstige natürliche oder juristische Person nach allgemeinem Ermessen aller Voraussicht nach einsetzen würde, etwa mittels Zuordnung zu einer Kennnummer, zu Standortdaten, zu einer Online-Kennung oder zu einem oder mehreren besonderen Merkmalen, die Ausdruck ihrer physischen, physiologischen, genetischen, psychischen, wirtschaftlichen, kulturellen oder sozialen Identität sind;

Änderungsantrag

(1) „betroffene Person“ eine bestimmte natürliche Person oder eine natürliche Person, die direkt mit Mitteln bestimmt werden kann, die der für die Verarbeitung Verantwortliche oder jede sonstige natürliche oder juristische Person nach allgemeinem Ermessen aller Voraussicht nach einsetzen würde, etwa mittels Zuordnung zu einer Kennnummer, zu Standortdaten, zu einer Online-Kennung oder zu einem oder mehreren besonderen Merkmalen, die Ausdruck ihrer physischen, physiologischen, genetischen, psychischen, wirtschaftlichen, kulturellen oder sozialen Identität sind;

Begründung

Durch das subjektive Element, dass eine Person „direkt oder indirekt mit Mitteln bestimmt werden kann“, wird der Anwendungsbereich der Verordnung in nicht vorhersehbarer Weise ausgedehnt. Dies wird nicht kalkulierbare Folgen nach sich ziehen, weil hiernach auch Daten, die nicht personenbezogen sind, künftig ausschließlich nach den Vorgaben der

Verordnung verarbeitet werden müssten.

Art. 4 Nr. 1

Vorschlag der Kommission

(1) „betroffene Person“ eine bestimmte natürliche Person oder eine natürliche Person, die direkt oder indirekt mit Mitteln bestimmt werden kann, die der für die Verarbeitung Verantwortliche **oder jede sonstige natürliche oder juristische Person** nach allgemeinem Ermessen aller Voraussicht nach einsetzen würde, etwa mittels Zuordnung zu einer Kennnummer, zu Standortdaten, zu einer Online-Kennung oder zu einem oder mehreren besonderen Merkmalen, die Ausdruck ihrer physischen, physiologischen, genetischen, psychischen, wirtschaftlichen, kulturellen oder sozialen Identität sind;

Änderungsantrag

(1) „betroffene Person“ eine bestimmte natürliche Person oder eine natürliche Person, die direkt oder indirekt mit Mitteln bestimmt werden kann, die der für die Verarbeitung Verantwortliche nach allgemeinem Ermessen aller Voraussicht nach einsetzen würde, etwa mittels Zuordnung zu einer Kennnummer, zu Standortdaten, zu einer Online-Kennung oder zu einem oder mehreren besonderen Merkmalen, die Ausdruck ihrer physischen, physiologischen, genetischen, psychischen, wirtschaftlichen, kulturellen oder sozialen Identität sind;

Begründung

Durch die Streichung des Zusatzes „oder jede sonstige natürliche oder juristische Person“ wird sichergestellt, dass es für die Beurteilung, ob eine Person bestimmbar ist, im Einzelfall stets auf die Kenntnis bzw. Erkenntnismöglichkeiten des für die Verarbeitung Verantwortlichen ankommt. Nur dieser so genannte relative Personenbezug gewährleistet eine ausreichende Berücksichtigung der Interessen nicht nur der betroffenen Person, sondern auch des für die Verarbeitung Verantwortlichen.

Erwägungsgrund 24 (zu Artikel 4 Nr. 1)

Vorschlag der Kommission

Bei der Inanspruchnahme von Online-Diensten werden dem Nutzer unter Umständen Online-Kennungen wie IP-Adressen oder Cookie-Kennungen, die sein Gerät oder Software-Anwendungen und -Tools oder Protokolle liefern, zugeordnet. Dies kann Spuren hinterlassen, die zusammen mit eindeutigen Kennungen und anderen beim Server eingehenden Informationen dazu benutzt werden können, um Profile der betroffenen Personen zu erstellen und sie zu identifizieren. Hieraus folgt, dass Kennnummern, Standortdaten, Online-Kennungen oder sonstige Elemente als solche nicht **zwangsläufig und unter allen Umständen** als personenbezogene Daten zu betrachten sind.

Änderungsantrag

Bei der Inanspruchnahme von Online-Diensten werden dem Nutzer unter Umständen Online-Kennungen wie IP-Adressen oder Cookie-Kennungen, die sein Gerät oder Software-Anwendungen und -Tools oder Protokolle liefern, zugeordnet. Dies kann Spuren hinterlassen, die zusammen mit eindeutigen Kennungen und anderen beim Server eingehenden Informationen dazu benutzt werden können, um Profile der betroffenen Personen zu erstellen und sie zu identifizieren. Hieraus folgt, dass Kennnummern, Standortdaten, Online-Kennungen oder sonstige Elemente als solche nicht als personenbezogene Daten zu betrachten sind.

Begründung

Die Streichung dient der Klarstellung, dass Kennnummern, Standortdaten, Online-Kennungen isoliert betrachtet nie personenbezogene Daten im Sinne der Verordnung sind.

Artikel 4 Nr. 2

Vorschlag der Kommission

(2) „personenbezogene Daten“ alle Informationen, die *sich* auf eine betroffene Person **beziehen**;

Änderungsantrag

(2) „personenbezogene Daten“ alle Informationen, die auf eine betroffene Person **bezogen werden**;

Begründung

Nicht jede Nutzung von Daten, die der Verordnungsentwurf als „personenbezogene Daten“ klassifizieren könnte, berührt die Interessen der Betroffenen und deren Recht auf informationelle Selbstbestimmung. Allein die abstrakte „Beziehbarkeit“ von Informationen auf Personen berührt die Interessen des Datenschutzsubjekts noch nicht. Durch die Modifikation wird konsequenterweise klargestellt, dass erst dann ein personenbezogenes Datum vorliegt, wenn tatsächliche eine Bezugnahme erfolgen soll.

Artikel 4 Nr. 2a (neu)

Vorschlag der Kommission

Änderungsantrag

Absatz 2a (neu)

„anonymisierte Daten“ veränderte personenbezogene Daten der Gestalt, dass die Einzelangaben über persönliche oder sachliche Verhältnisse nicht mehr oder nur mit einem unverhältnismäßig großen Aufwand an Zeit, Kosten und Arbeitskraft einer bestimmten oder bestimmaren natürlichen Person zugeordnet werden kann;

Begründung

Der Entwurf der Datenschutz-Verordnung setzt in Erwägungsgrund 23 die Existenz anonymisierter Daten voraus, für die eine Privilegierung gelten soll. Die Definition der anonymisierten Daten entsprechend § 3 Absatz 6 BDSG sorgt für mehr Rechtssicherheit.

Artikel 4 Nr. 3

Vorschlag der Kommission

(3) „Verarbeitung“ jeden mit oder ohne Hilfe automatisierter Verfahren ausgeführten Vorgang oder jede Vorgangsreihe im Zusammenhang mit personenbezogenen Daten wie das Erheben, das Erfassen, die Organisation, das Ordnen, die Speicherung, die Anpassung oder Veränderung, das Auslesen, das Abfragen, die Verwendung, die Weitergabe durch Übermittlung, Verbreitung oder jede andere Form der Bereitstellung, der Abgleich oder die

Änderungsantrag

(3) „Verarbeitung“ jeden mit oder ohne Hilfe automatisierter Verfahren ausgeführten Vorgang oder jede Vorgangsreihe im Zusammenhang mit personenbezogenen Daten wie das Erheben, das Erfassen, die Organisation, das Ordnen, die Speicherung, die Anpassung oder Veränderung, das Auslesen, das Abfragen, die Verwendung, die Weitergabe durch Übermittlung, Verbreitung oder jede andere Form der Bereitstellung, der Abgleich oder die Verknüpfung sowie das Löschen oder Vernichten der Daten, *es sei*

Verknüpfung sowie das Löschen oder Vernichten der Daten;

denn, die Verarbeitung dient der Anonymisierung der Daten;

Begründung

Aus datenschutzrechtlicher Sicht ist eine Anonymisierung von Daten stets wünschenswert. Durch den Zusatz wird – den Ausführungen in Erwägungsgrund 23 entsprechend – klargestellt, dass die Anonymisierung keine datenschutzrechtliche Verpflichtungen auslöst.

Artikel 4 Nr. 4

Vorschlag der Kommission

(4) „Datei“ jede strukturierte Sammlung Daten, die nach bestimmten Kriterien zugänglich sind, unabhängig davon, ob diese Sammlung zentral, dezentral oder nach funktionalen oder geografischen Gesichtspunkten geordnet geführt wird;

Änderungsantrag

(4) „Datei“ jede strukturierte Sammlung personenbezogener Daten, die nach bestimmten **personenbezogenen** Kriterien zugänglich sind, unabhängig davon, ob diese Sammlung zentral, dezentral oder nach funktionalen oder geografischen Gesichtspunkten geordnet geführt wird;

Begründung

Durch den Zusatz wird sichergestellt, dass die Begrifflichkeit nicht unverhältnismäßig ausgedehnt wird. In der bisherigen Richtlinie 95/46/EG wurde diese Einschränkung bereits in Erwägungsgrund 15 vorgenommen und sollte nunmehr in der Definition des „Datei“-Begriffs selbst festgeschrieben werden.

Artikel 4 Nr. 8

Vorschlag der Kommission

(8) "Einwilligung der betroffenen Person" jede ohne Zwang, für den konkreten Fall und in Kenntnis der Sachlage erfolgte **explizite** Willensbekundung in Form einer Erklärung oder einer sonstigen eindeutigen Handlung, mit der die betroffene Person zu verstehen gibt, dass sie mit der Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten einverstanden ist;

Änderungsantrag

(8) "Einwilligung der betroffenen Person" jede ohne Zwang, für den konkreten Fall und in Kenntnis der Sachlage erfolgte Willensbekundung in Form einer Erklärung oder einer sonstigen eindeutigen Handlung, mit der die betroffene Person zu verstehen gibt, dass sie mit der Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten einverstanden ist;

Begründung

Von der Verwendung von Einwilligungserklärungen sollte nicht durch übertriebene Anforderungen abgeschreckt werden. Auch bewährte und den Umständen des jeweiligen Einzelfalles angepasste Möglichkeiten zur Einwilligung, wie etwa eine konkludente Einwilligung, müssen weiter möglich sein.

Erwägungsgrund 25 (zu Artikel 4 Nr. 8)

Vorschlag der Kommission

Die Einwilligung sollte **explizit** mittels einer geeigneten Methode erfolgen, die eine ohne Zwang, für den konkreten Fall und in Kenntnis der Sachlage abgegebene Willensbekundung

Änderungsantrag

Die Einwilligung sollte mittels einer geeigneten Methode erfolgen, die eine ohne Zwang, für den konkreten Fall und in Kenntnis der Sachlage abgegebene Willensbekundung

der betroffenen Person in Form einer Erklärung oder einer eindeutigen Handlung ermöglicht, die sicherstellt, dass der betreffenden Person bewusst ist, dass sie ihre Einwilligung in die Verarbeitung personenbezogener Daten gibt, etwa durch Anklicken eines Kästchens beim Besuch einer Internetseite und durch jede sonstige Erklärung oder Verhaltensweise, mit der die betroffene Person in dem jeweiligen Kontext klar und deutlich ihr Einverständnis mit der beabsichtigten Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten signalisiert. ***Eine stillschweigende Einwilligung ohne Zutun der betroffenen Person stellt daher keine Einwilligung dar.*** Die Einwilligung sollte sich auf alle zu demselben Zweck oder denselben Zwecken vorgenommene Verarbeitungsvorgänge beziehen. Wird die betroffene Person auf elektronischem Weg zur Einwilligung aufgefordert, muss die Aufforderung in klarer und knapper Form und ohne unnötige Unterbrechung des Dienstes, in dessen Bereitstellung eingewilligt wird, erfolgen.

der betroffenen Person in Form einer Erklärung oder einer eindeutigen Handlung ermöglicht, die sicherstellt, dass der betreffenden Person bewusst ist, dass sie ihre Einwilligung in die Verarbeitung personenbezogener Daten gibt, etwa durch Anklicken eines Kästchens beim Besuch einer Internetseite und durch jede sonstige Erklärung oder Verhaltensweise, mit der die betroffene Person in dem jeweiligen Kontext klar und deutlich ihr Einverständnis mit der beabsichtigten Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten signalisiert. ***Dies lässt die Möglichkeit unberührt, die im Rahmen der Richtlinie 2002/58/EG erforderliche Einwilligung unter bestimmten Umständen über die Nutzung angemessener Einstellungen seines Endgeräts oder einer anderen Anwendung auszudrücken.*** Die Einwilligung sollte sich auf alle zu demselben Zweck oder denselben Zwecken vorgenommene Verarbeitungsvorgänge beziehen. Wird die betroffene Person auf elektronischem Weg zur Einwilligung aufgefordert, muss die Aufforderung in klarer und knapper Form und ohne unnötige Unterbrechung des Dienstes, in dessen Bereitstellung eingewilligt wird, erfolgen.

Begründung

Von der Verwendung von Einwilligungserklärungen sollte nicht durch übertriebene Anforderungen abgeschreckt werden. Auch bewährte und den Umständen des jeweiligen Einzelfalles angepasste Möglichkeiten zur Einwilligung, wie etwa eine konkludente Einwilligung, müssen weiter möglich sein. Es muss auch weiter möglich sein, die im Rahmen der Richtlinie 2002/58/EG erforderliche Einwilligung unter bestimmten Voraussetzungen über die Handhabung der entsprechenden Einstellungen des Endgeräts oder einer anderen Anwendung auszudrücken (siehe Erwägungsgrund 66 der Richtlinie 136/2009), um das Nutzerlebnis nicht zu beeinträchtigen und die Funktionalität des Internets insgesamt nicht zu gefährden.

Artikel 4 Nr. 18

Vorschlag der Kommission

Änderungsantrag

(18) „Kind“ jede Person bis zur Vollendung achtzehnten Lebensjahres;

Streichung

Begründung

Auf diese Begriffsdefinition wird im weiteren Verordnungsentwurf nicht mehr rekuriert. Der Umgang mit Daten Minderjähriger wird in Artikel 8 des Verordnungsentwurfs abschließend geregelt.

Erwägungsgrund 29 (zu Artikel 4 Nr 18)

*Vorschlag der Kommission**Änderungsantrag*

Die personenbezogenen Daten von Kindern müssen besonderen Schutz genießen, da Kinder sich der Risiken, Folgen, Vorsichtsmaßnahmen und ihrer Rechte bei der Verarbeitung personenbezogener Daten weniger bewusst sein dürften. Bei der Definition, wann eine Person als Kind gilt, sollte die Definition in der UN-Konvention über die Rechte des Kindes zugrunde gelegt werden.

*Streichung**Begründung*

Artikel 4 Absatz 18, den Erwägungsgrund 29 kommentiert, sollte gestrichen werden, da auf diese Begriffsdefinition im weiteren Verordnungsentwurf nicht mehr rekuriert wird. Der Umgang mit Daten Minderjähriger wird in Artikel 8 des Verordnungsentwurfs abschließend geregelt.

KAPITEL II GRUNDSÄTZE

Artikel 5

Grundsätze in Bezug auf die Verarbeitung personenbezogener Daten

Artikel 5 b)

*Vorschlag der Kommission**Änderungsantrag****Personenbezogene Daten müssen****Streichung*

b) für genau festgelegte, eindeutige und rechtmäßige Zwecke erhoben werden und dürfen nicht in einer mit diesen Zwecken nicht zu vereinbarenden Weise weiterverarbeitet werden;

Begründung

Der Regelungsgehalt der „Grundsätze“ neben den Rechtmäßigkeitsanforderungen in Artikel 6 ist nicht ersichtlich. Wenn die Grundsätze ohne jede Berücksichtigung des damit verbundenen Aufwands einzuhalten sind, werden sie für die Wirtschaft zu einer unzumutbaren Belastung.

Artikel 5 e)*Vorschlag der Kommission***Personenbezogene Daten müssen**

e) in einer Form gespeichert werden, die die Identifizierung der betroffenen Personen **ermöglicht, jedoch** höchstens so lange, wie es für die Realisierung der Zwecke, für die sie verarbeitet werden, erforderlich ist; personenbezogene Daten dürfen länger gespeichert werden, wenn die Daten ausschließlich zu historischen oder statistischen Zwecken oder für wissenschaftliche Forschungszwecke im Einklang mit den Vorschriften und Modalitäten des Artikels 83 verarbeitet werden und die Notwendigkeit ihrer weiteren Speicherung in regelmäßigen Abständen überprüft wird;

*Änderungsantrag***Personenbezogene Daten müssen**

e) in einer Form gespeichert werden, die die Identifizierung der betroffenen Personen höchstens so lange **ermöglicht**, wie es für die Realisierung der Zwecke, für die sie verarbeitet werden, erforderlich ist; personenbezogene Daten dürfen länger gespeichert werden, wenn die Daten ausschließlich zu historischen oder statistischen Zwecken oder für wissenschaftliche Forschungszwecke im Einklang mit den Vorschriften und Modalitäten des Artikels 83 verarbeitet werden und die Notwendigkeit ihrer weiteren Speicherung in regelmäßigen Abständen überprüft wird;

Begründung

Die deutsche Sprachfassung muss an die englische Sprachfassung angepasst werden, um sicherzustellen, dass eine anonymisierte oder pseudonymisierte Speicherung von Daten auch weiterhin möglich ist. Anders als nach der englischen Sprachfassung wäre nach der deutschen Sprachfassung immer eine Speicherung der Daten in einer Form erforderlich, die eine Identifizierung der betroffenen Person ermöglicht.

Artikel 5 f)*Vorschlag der Kommission***Personenbezogene Daten müssen**

f) unter der Gesamtverantwortung des für die Verarbeitung Verantwortlichen verarbeitet werden, der dafür haftet, dass bei jedem Verarbeitungsvorgang die Vorschriften dieser Verordnung eingehalten werden, und der den Nachweis hierfür erbringen muss.

*Änderungsantrag***Streichung***Begründung*

Es ist nicht sachgerecht, dem für die Verarbeitung Verantwortlichen die allgemeine Verantwortung für die Einhaltung der Verordnung aufzuerlegen. Ein solcher Eingriff in die nationalen Beweislastregeln ist nicht gerechtfertigt.

Artikel 6 Rechtmäßigkeit der Verarbeitung

Artikel 6 Abs. 1 a)

Vorschlag der Kommission

1. Die Verarbeitung personenbezogener Daten ist nur rechtmäßig, wenn mindestens eine der nachstehenden Bedingungen erfüllt ist:

- a) Die betroffene Person hat ihre Einwilligung zu der Verarbeitung *der sie betreffenden personenbezogenen Daten für einen oder mehrere genau festgelegte Zwecke* gegeben.

Änderungsantrag

1. Die Verarbeitung personenbezogener Daten ist nur rechtmäßig, wenn mindestens eine der nachstehenden Bedingungen erfüllt ist:

- a) Die betroffene Person hat ihre Einwilligung zu der Verarbeitung gegeben.

Begründung

Die Voraussetzungen für die Erteilung einer wirksamen Einwilligung sind abschließend in Artikel 7 geregelt. Durch die vorgeschlagene Streichung wird im Interesse der Rechtssicherheit gewährleistet, dass keine den Voraussetzungen des Artikel 7 widersprechende Anforderungen an eine wirksame Einwilligung statuiert werden.

Artikel 6 Abs. 1 b)

Vorschlag der Kommission

1. Die Verarbeitung personenbezogener Daten ist nur rechtmäßig, wenn mindestens eine der nachstehenden Bedingungen erfüllt ist:

- b) Die Verarbeitung ist für die Erfüllung eines Vertrags, dessen Vertragspartei die betroffene Person ist, erforderlich oder zur Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen, die auf Antrag der betroffenen Person erfolgen.

Änderungsantrag

1. Die Verarbeitung personenbezogener Daten ist nur rechtmäßig, wenn mindestens eine der nachstehenden Bedingungen erfüllt ist:

- b) Die Verarbeitung ist für die Erfüllung eines Vertrags, dessen Vertragspartei die betroffene Person ist, erforderlich oder zur Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen *oder rechtsgeschäftsähnlicher Beziehungen*, die auf Antrag der betroffenen Person erfolgen.

Begründung

Durch die Erweiterung des Erlaubnistatbestands auf rechtsgeschäftsähnliche Beziehungen wird sichergestellt, dass hier auch die Verarbeitung von personenbezogenen Daten zur Erfüllung von rechtsgeschäftsähnlichen Beziehungen, die nicht vorvertraglicher Natur sind, wie z. B. ein Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter, angemessen berücksichtigt werden. Der Zusatz entspricht dem geltenden deutschen Datenschutzrecht: In § 28 Abs. 1 BDSG wird der Umgang mit personenbezogenen Daten oder ihre Nutzung als Mittel für die Erfüllung eigener Geschäftszwecke unter anderem erlaubt, wenn es für die Begründung, Durchführung oder Beendigung eines rechtsgeschäftlichen oder rechtsgeschäftsähnlichen Schuldverhältnisses mit dem Betroffenen erforderlich ist.

Artikel 6 Abs. 1 f)*Vorschlag der Kommission*

1. Die Verarbeitung personenbezogener Daten ist nur rechtmäßig, wenn mindestens eine der nachstehenden Bedingungen erfüllt ist:

f) Die Verarbeitung ist zur Wahrung der berechtigten Interessen des für die Verarbeitung Verantwortlichen erforderlich, sofern nicht die Interessen oder Grundrechte und Grundfreiheiten der betroffenen Person, die den Schutz personenbezogener Daten erfordern, überwiegen, insbesondere dann, wenn es sich bei der betroffenen Person um ein Kind handelt. Dieser gilt nicht für die von Behörden in Erfüllung ihrer Aufgaben vorgenommene Verarbeitung.

Änderungsantrag

1. Die Verarbeitung personenbezogener Daten ist nur rechtmäßig, wenn mindestens eine der nachstehenden Bedingungen erfüllt ist:

f) Die Verarbeitung ist zur Wahrung der berechtigten Interessen des für die Verarbeitung Verantwortlichen **oder eines Dritten, in dessen Interesse die Daten verarbeitet werden**, erforderlich, sofern nicht die Interessen oder Grundrechte und Grundfreiheiten der betroffenen Person, die den Schutz personenbezogener Daten erfordern, überwiegen, insbesondere dann, wenn es sich bei der betroffenen Person um ein Kind handelt. Dieser gilt nicht für die von Behörden in Erfüllung ihrer Aufgaben vorgenommene Verarbeitung.

Begründung

Die Datenverarbeitung für legitime Interessen Dritter muss wie im geltenden Recht weiter zulässig sein, sofern die entsprechenden Voraussetzungen erfüllt sind. Denn diese Form der Datenverarbeitung ist für zahlreiche Lebensbereiche unumgänglich. Erst diese ermöglicht vielfach überhaupt eine sachgerechte Datenverarbeitung oder die Durchführung von Datenverarbeitungsprozessen durch spezialisierte Dienstleister. Die Nutzung von Fremdadressen ist insbesondere für das Erreichen neuer Kunden von außerordentlicher Bedeutung, da mit den Daten der eigenen Kunden nicht neue Kunden adressiert werden können.

Erwägungsgrund 38 (zu Artikel 6 Abs. 1 f))*Vorschlag der Kommission*

Die Rechtmäßigkeit der Verarbeitung kann durch die berechtigten Interessen eines für die Verarbeitung Verantwortlichen begründet sein, sofern die Interessen oder die Grundrechte und Grundfreiheiten der betroffenen Person nicht überwiegen. Diese Interessen sind besonders sorgfältig abzuwägen, wenn es sich bei der betroffenen Person um ein Kind handelt, da Kinder besonders schutzwürdig sind. Die betroffene Person sollte das Recht haben, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, der Verarbeitung zu widersprechen, ohne dass ihr dadurch Kosten entstehen. Aus Transparenzgründen sollte der für die Verarbeitung Verantwortliche verpflichtet werden, seine berechtigten Interessen gegenüber der betroffenen Person ausdrücklich darzulegen und diese außerdem zu dokumentieren und die betroffene Person über ihr Widerspruchsrecht zu belehren. Da es

Änderungsantrag

Die Rechtmäßigkeit der Verarbeitung kann durch die berechtigten Interessen eines für die Verarbeitung Verantwortlichen **oder eines Dritten in dessen Interesse die Daten verarbeitet werden**, begründet sein, sofern die Interessen oder die Grundrechte und Grundfreiheiten der betroffenen Person nicht überwiegen. Diese Interessen sind besonders sorgfältig abzuwägen, wenn es sich bei der betroffenen Person um ein Kind handelt, da Kinder besonders schutzwürdig sind. Die betroffene Person sollte das Recht haben, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, der Verarbeitung zu widersprechen, ohne dass ihr dadurch Kosten entstehen. Aus Transparenzgründen sollte der für die Verarbeitung Verantwortliche verpflichtet werden, seine berechtigten Interessen gegenüber der betroffenen Person ausdrücklich darzulegen und diese außerdem

dem Gesetzgeber obliegt, per Gesetz die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung von Daten durch Behörden zu schaffen, greift dieser Rechtfertigungsgrund nicht bei Verarbeitungen durch Behörden, die diese in Erfüllung ihrer Aufgaben vornehmen

zu dokumentieren und die betroffene Person über ihr Widerspruchsrecht zu belehren. Da es dem Gesetzgeber obliegt, per Gesetz die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung von Daten durch Behörden zu schaffen, greift dieser Rechtfertigungsgrund nicht bei Verarbeitungen durch Behörden, die diese in Erfüllung ihrer Aufgaben vornehmen

Begründung

Die Datenverarbeitung für legitime Interessen Dritter muss wie im geltenden Recht weiter zulässig sein, sofern die entsprechenden Voraussetzungen erfüllt sind. Denn diese Form der Datenverarbeitung ist für zahlreiche Lebensbereiche unumgänglich. Erst diese ermöglicht vielfach überhaupt eine sachgerechte Datenverarbeitung oder die Durchführung von Datenverarbeitungsprozessen durch spezialisierte Dienstleister. Die Nutzung von Fremdadressen ist insbesondere für das Erreichen neuer Kunden von außerordentlicher Bedeutung, da mit den Daten der eigenen Kunden nicht neue Kunden adressiert werden können.

Artikel 6 Abs. 1 f)

Vorschlag der Kommission

1. Die Verarbeitung personenbezogener Daten ist nur rechtmäßig, wenn mindestens eine der nachstehenden Bedingungen erfüllt ist:

f) Die Verarbeitung ist zur Wahrung der berechtigten Interessen des für die Verarbeitung Verantwortlichen erforderlich, sofern nicht die Interessen oder Grundrechte und Grundfreiheiten der betroffenen Person, die den Schutz personenbezogener Daten erfordern, überwiegen, **insbesondere dann, wenn es sich bei der betroffenen Person um ein Kind handelt.** Dieser gilt nicht für die von Behörden in Erfüllung ihrer Aufgaben vorgenommene Verarbeitung.

Änderungsantrag

1. Die Verarbeitung personenbezogener Daten ist nur rechtmäßig, wenn mindestens eine der nachstehenden Bedingungen erfüllt ist:

f) Die Verarbeitung ist zur Wahrung der berechtigten Interessen des für die Verarbeitung Verantwortlichen, erforderlich, sofern nicht die Interessen oder Grundrechte und Grundfreiheiten der betroffenen Person, die den Schutz personenbezogener Daten erfordern, überwiegen. Dieser gilt nicht für die von Behörden in Erfüllung ihrer Aufgaben vorgenommene Verarbeitung.

Begründung

Die Streichung ist angezeigt, da dem besonderen Schutzbedürfnis von Minderjährigen bereits durch Artikel 8 ausreichend Rechnung getragen wird. Auch Datenverarbeitungen, die im überwiegenden Interesse von Kindern und Jugendlichen liegen, müssen weiterhin zulässig sein. Es ist kein Grund ersichtlich, warum im Rahmen der Interessenabwägungsklausel eine Einschränkung für Kinder vorgenommen wird, denn deren Interesse muss im Zuge der Interessenabwägung selbstverständlich berücksichtigt werden.

Artikel 6 Abs. 4

Vorschlag der Kommission

4. Ist der Zweck der Weiterverarbeitung mit dem Zweck, für den die personenbezogenen Daten erhoben wurden, nicht vereinbar, muss auf die Verarbeitung mindestens einer der in

Änderungsantrag

4. Ist der Zweck der Weiterverarbeitung mit dem Zweck, für den die personenbezogenen Daten erhoben wurden, nicht vereinbar, muss auf die Verarbeitung mindestens einer der in

Absatz 1 Buchstaben a bis *e* genannten Gründe zutreffen. Dies gilt insbesondere bei Änderungen von Geschäfts- und allgemeinen Vertragsbedingungen.

Absatz 1 Buchstaben a bis *f* genannten Gründe zutreffen. Dies gilt insbesondere bei Änderungen von Geschäfts- und allgemeinen Vertragsbedingungen.

Begründung:

Eine nachträgliche Zweckänderung der Datenverarbeitung sollte nur zulässig sein, wenn die in Abs. 1 festgelegten Voraussetzungen für die Datenverarbeitung erfüllt sind. Ist dies nicht der Fall, muss der für die Verarbeitung Verantwortliche entweder die Einwilligung der betroffenen Person einholen oder die Verarbeitung auf einen anderen Rechtmäßigkeitsgrund stützen (vgl. Erwägungsgrund 40). Eine Einschränkung der Voraussetzungen ist nicht erforderlich, da ansonsten für die Weiterverarbeitung strengere Voraussetzungen gelten würden als für die Erhebung.

Artikel 6 Abs. 5

Vorschlag der Kommission

Änderungsantrag

5. Die Kommission wird ermächtigt, delegierte Rechtsakte nach Maßgabe von Artikel 86 zu erlassen, um die Anwendung von Absatz 1 Buchstabe *f* für verschiedene Bereiche und Verarbeitungssituationen einschließlich Situationen, die die Verarbeitung personenbezogener Daten von Kindern betreffen, näher zu regeln.

Streichung

Begründung

Delegierte Rechtsakte sind kein sachgerechtes Instrument, um das Datenschutzrecht zu regeln bzw. zu spezifizieren. Eine Ausgestaltung durch delegierte Rechtsakte würde Kernelemente der Verordnung betreffen, die nur im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren unter Beteiligung aller Legislativorgane verabschiedet werden können. Das Datenschutzrecht hat die in Einzelfällen schwierige Balance zwischen dem legitimen Interessen des Einzelnen und den Kommunikationsnotwendigkeiten einer modernen Wirtschaft zu erzielen. Das Ergebnis dieses Abwägungsprozesses kann weitreichende Auswirkungen auf Verbraucher und Unternehmen haben und darf daher nicht einer einzigen Institution vorbehalten bleiben.

Artikel 7 Einwilligung

Artikel 7 Abs. 1

Vorschlag der Kommission

1. Der für die Verarbeitung Verantwortliche trägt die Beweislast dafür, dass die betroffene Person ihre Einwilligung zur Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten **für eindeutig festgelegte Zwecke** erteilt hat.

Änderungsantrag

1. Der für die Verarbeitung Verantwortliche trägt die Beweislast dafür, dass die betroffene Person ihre Einwilligung zur Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten erteilt hat.

Begründung

Überzogene Anforderungen an die Wirksamkeit und Nachweisbarkeit von Einwilligungserklärungen führen dazu, dass sie nur in Ausnahmefällen eine geeignete Rechtsgrundlage darstellen können. Eine gleichzeitige Erweiterung des Anwendungsbereichs der Einwilligung und Erhöhung ihrer Wirksamkeitsvoraussetzungen ist in der Praxis nicht verkraftbar.

Durch die Streichung wird vermieden, dass die Verwender von Einwilligungserklärungen zur Verwendung langer und unübersichtlicher Einwilligungstexte gezwungen werden, die erwiesenermaßen von der Betroffenen nicht gelesen, sondern vielmehr als belästigend empfunden werden.

Artikel 7 Abs. 3

Vorschlag der Kommission

3. Die betroffene Person hat das Recht, ihre Einwilligung jederzeit zu widerrufen. Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt..

Änderungsantrag

3. Die betroffene Person hat das Recht, ihre Einwilligung **gegenüber dem für die Verarbeitung Verantwortlichen, der auf Basis der Einwilligung personenbezogene Daten verarbeitet**, jederzeit zu widerrufen. **Ist die Einwilligung Bestandteil eines vertraglichen oder gesetzlichen Rechtsverhältnisses richtet sich der Widerruf nach den Vertrags- oder Gesetzesbedingungen.** Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt.

Begründung

Die Zusätze sind für die Umsetzung des Widerrufsrechts in der Praxis im Interesse der Rechtssicherheit unverzichtbar: Der erste Zusatz dient der Klarstellung, dass der ausschließliche Adressat des Widerrufs der ursprüngliche Einwilligungsempfänger ist. Diese Klarstellung ist für die Fälle essentiell, in denen die Daten aufgrund der Einwilligung an Dritte weitergegeben oder veröffentlicht wurden. Durch den hinzugefügten Satz 2 erfolgt die Klarstellung, dass im Falle vertraglicher oder gesetzlicher „Sonderbeziehungen“ die hierfür geltenden Regelungen spezieller sind als Artikel 7 Absatz 3.

Artikel 7 Abs. 4*Vorschlag der Kommission*

4. Die Einwilligung bietet keine Rechtsgrundlage für die Verarbeitung, wenn zwischen der Position der betroffenen Person und des für die Verarbeitung Verantwortlichen ein erhebliches Ungleichgewicht besteht.

Änderungsantrag

4. Die Einwilligung bietet keine Rechtsgrundlage für die Verarbeitung, wenn ***sie nicht freiwillig erfolgt, insbesondere dann, wenn die Freiwilligkeit bezogen auf die konkrete Einwilligung dadurch ausgeschlossen wird, dass*** zwischen der Position der betroffenen Person und des für die Verarbeitung Verantwortlichen ein erhebliches Ungleichgewicht besteht.

Begründung

Durch den Zusatz wird klargestellt, erfolgt die sachgerechte Einordnung des Merkmals „erhebliches Ungleichgewicht“ in die bestehende Regelungssystematik der Gestalt, dass dieses Kriterium das Tatbestandsmerkmal „ohne Zwang“ der Einwilligung ausschließt. Zudem ist eine Spezifizierung dahingehend erforderlich, dass die Beurteilung des Ungleichgewichts der Position stets im Einzelfall und bezogen auf die in Rede stehende konkrete Einwilligung zu erfolgen hat.

ABSCHNITT 2

INFORMATIONSPFLICHT UND AUSKUNFTSRECHT

Artikel 14**Information der betroffenen Person****Artikel 14 Absatz 1 b)***Vorschlag der Kommission*

b) die Zwecke, für die Daten verarbeitet werden, ***einschließlich der Geschäfts- und allgemeinen Vertragsbedingungen, falls sich die Verarbeitung auf Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b gründet***, beziehungsweise die von dem für die Verarbeitung Verantwortlichen verfolgten berechtigten Interessen, wenn die Verarbeitung auf Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe f beruht,

Änderungsantrag

b) die Zwecke, für die Daten verarbeitet werden, beziehungsweise die von dem für die Verarbeitung Verantwortlichen verfolgten berechtigten Interessen, wenn die Verarbeitung auf Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe f beruht,

Begründung

Die Verpflichtung zur Mitteilung der Geschäfts- und allgemeinen Vertragsbedingungen ist eine zivilrechtliche Fragestellung, die konsequenterweise im Zivilrecht umfassend und abschließend geregelt ist. Da die Information des Betroffenen über die Geschäfts- und Vertragsbedingungen mithin bereits durch das Zivilrecht sichergestellt ist, verbliebe unter datenschutzrechtlichen Gesichtspunkten die Aufklärung über die Verarbeitungszwecke bzw. die berechtigten Interessen.

Artikel 14 Absatz 1 c)*Vorschlag der Kommission*

c) die Dauer, für die die personenbezogenen

Änderungsantrag

Streichung

Daten gespeichert werden,

Begründung

Die Dauer der Datenspeicherung lässt sich in vielen Fällen, wie etwa beim Abschluss eines unbefristeten Vertrages, im Vorhinein noch nicht feststellen. Zudem kann auch nach Beendigung der Vertragsbeziehung unter Umständen ein berechtigtes Bedürfnis zur weiteren Speicherung der Daten bestehen.

Artikel 14 Absatz 1 e)

Vorschlag der Kommission

Änderungsantrag

e) das Bestehen eines Beschwerderechts bei der Aufsichtsbehörde sowie deren Kontaktdaten,

Streichung

Begründung

Eine Pflicht zur Angabe der Kontaktdaten der Aufsichtsbehörde verbunden mit der Haftung für evtl. Falschinformationen würde eine kontinuierliche Überprüfung der entsprechenden Angaben erforderlich machen und damit zu einem unverhältnismäßigen Aufwand gerade für kleine und mittelständische Unternehmen führen.

Artikel 14 Absatz 1 f)

Vorschlag der Kommission

Änderungsantrag

f) die Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten,

f) die Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten, soweit er nicht mit der Übermittlung an diese rechnen muss,

Begründung

Durch den Zusatz wird – entsprechend der geltenden deutschen Rechtslage – zur Wahrung der Verhältnismäßigkeit klargestellt, dass die betroffene Person nicht über die Empfänger oder Kategorien von Empfänger zu informieren ist, wenn sie – wie beispielsweise bei dem Einsatz von Auftragsverarbeitern – auch ohne Information mit einer entsprechenden Übermittlung rechnen muss.

Artikel 14 Absatz 1 g)

Vorschlag der Kommission

Änderungsantrag

g) gegebenenfalls die Absicht des für die Verarbeitung Verantwortlichen, die Daten an ein Drittland oder eine internationale Organisation zu übermitteln, sowie das dort geltende Datenschutzniveau unter Bezugnahme auf einen Angemessenheitsbeschluss der Kommission

Streichung

Begründung

Die Verpflichtung, Informationen über die Datenübermittlung ins Ausland sowie das dortige Datenschutzniveau aufzuführen, birgt die Gefahr, dass als Konsequenz traditionelle und bewährte Kommunikationswege nicht mehr genutzt werden können, weil sich bei diesen die Fülle an geforderten Informationen einfach nicht angemessen verwirklichen lässt.

Artikel 14 Absatz 1 h)*Vorschlag der Kommission**Änderungsantrag*

h) sonstige Informationen, die unter Berücksichtigung der besonderen Umstände, unter denen die personenbezogenen Daten erhoben werden, notwendig sind, um gegenüber der betroffenen Person eine Verarbeitung nach Treu und Glauben zu gewährleisten.

*Streichung**Begründung*

Die generalklauselartige Erweiterung der bereits erheblichen Informationspflichten um sonstige Informationen birgt die Gefahr erheblicher Rechtsunsicherheit. Weder für das betroffene Unternehmen noch für den Verbraucher lässt sich aus dieser Formulierung rechtssicher ersehen, welche Informationen im Einzelfall tatsächlich zur Verfügung gestellt werden müssen.

Artikel 14 Abs. 2*Vorschlag der Kommission**Änderungsantrag*

2. Werden die personenbezogenen Daten bei der betroffenen Person erhoben, teilt der für die Verarbeitung Verantwortliche dieser Person neben den in Absatz 1 genannten Informationen außerdem mit, ob die Bereitstellung der Daten obligatorisch *oder fakultativ ist und welche mögliche Folgen die Verweigerung der Daten hätte.*

2. Werden die personenbezogenen Daten bei der betroffenen Person erhoben, teilt der für die Verarbeitung Verantwortliche dieser Person neben den in Absatz 1 genannten Informationen außerdem mit, ob die Bereitstellung der Daten obligatorisch ist.

Begründung

Dem Informationsbedürfnis der betroffenen Person wird angemessen Rechnung getragen, wenn sie darüber informiert wird, ob die Datenbereitstellung obligatorisch ist. Dort, wo ein entsprechender Hinweis fehlt, ist die Bereitstellung konsequenterweise fakultativ. An diese Systematik ist der Verbraucher in der Praxis bereits gewöhnt. Es ist kein Grund ersichtlich, von diesem bereits praktizierten und funktionierenden System abzuweichen. Die Information darüber, ob die Bereitstellung der Daten obligatorisch oder fakultativ ist und welche möglichen Folgen die Verweigerung der Daten hätte, erweitert nicht nur die Menge der aufzuführenden Informationen. Sie ist in vielen Fällen auch überflüssig, da sie sich bereits aus dem Zusammenhang ergibt. So ist z. B. bei einer Bestellung die Angabe einer Lieferadresse erforderlich, damit das Produkt tatsächlich geliefert werden kann.

Artikel 14 Abs. 3*Vorschlag der Kommission*

3. Werden die personenbezogenen Daten nicht bei der betroffenen Person erhoben, teilt der für die Verarbeitung Verantwortliche dieser Person neben den in Absatz 1 genannten Informationen außerdem die Herkunft der personenbezogenen Daten mit.

Änderungsantrag

3. Werden die personenbezogenen Daten nicht bei der betroffenen Person erhoben, teilt der für die Verarbeitung Verantwortliche dieser Person neben den in Absatz 1 genannten Informationen außerdem Informationen über die Herkunft der personenbezogenen Daten zur Verfügung, **außer die Daten stammen aus einer öffentlich zugänglichen Quelle oder die Weitergabe ist durch Gesetz vorgesehen oder die Verarbeitung dient Zwecken im Hinblick auf die berufliche Tätigkeit der betroffenen Person.**

Begründung

In den im Zusatz aufgeführten Fällen besteht kein berechtigtes Interesse der betroffenen Person, die Herkunft der Daten zu erfahren. Durch die Aufnahme der Ausnahmen wird die Informationspflicht hinsichtlich der Datenherkunft auf ein angemessenes Maß beschränkt.

Die Anregung für einen Änderungsantrag hinsichtlich Artikel 14 Absatz 3 ist hinfällig, wenn die vorgeschlagenen weiter gehenden Änderungsanträge zu Artikel 14 Absatz 5 e (neu) und zu Artikel 14 Absatz 5 f (neu) im weiteren Verfahren übernommen werden.

Artikel 14 Absatz 4 b)*Vorschlag der Kommission*

b) falls die personenbezogenen Daten nicht bei der betroffenen Person erhoben werden, zum Zeitpunkt ihrer Erfassung oder innerhalb einer angemessenen Frist nach ihrer Erhebung, die den besonderen Umständen, unter denen die Daten erhoben oder auf sonstige Weise verarbeitet wurden, Rechnung trägt, oder, falls die Weitergabe an einen Empfänger beabsichtigt ist, spätestens zum Zeitpunkt der ersten Weitergabe.

Änderungsantrag

b) falls die personenbezogenen Daten nicht bei der betroffenen Person erhoben werden, zum Zeitpunkt ihrer Erfassung oder innerhalb einer angemessenen Frist nach ihrer Erhebung, die den besonderen Umständen, unter denen die Daten erhoben oder auf sonstige Weise verarbeitet wurden, Rechnung trägt, oder, falls die Weitergabe an einen Empfänger beabsichtigt ist, spätestens zum Zeitpunkt der ersten Weitergabe, **oder, falls die Daten für eine Ansprache der betroffenen Person verwendet werden sollen, spätestens zum Zeitpunkt der ersten Ansprache.**

Begründung

Im Falle einer Ansprache der betroffenen Person wird deren informationellen Selbstbestimmungsrecht ausreichend Rechnung getragen, wenn ihr die fraglichen Informationen zu diesem Zeitpunkt zur Verfügung gestellt werden.

Artikel 14 Absatz 4 b)*Vorschlag der Kommission*

b) falls die personenbezogenen Daten nicht bei der betroffenen Person erhoben werden, zum Zeitpunkt ihrer Erfassung oder innerhalb einer angemessenen Frist nach ihrer Erhebung, die den besonderen Umständen, unter denen die Daten erhoben oder auf sonstige Weise verarbeitet wurden, Rechnung trägt, oder, falls die Weitergabe an einen Empfänger beabsichtigt ist, spätestens zum Zeitpunkt der ersten Weitergabe.

Änderungsantrag

b) falls die personenbezogenen Daten nicht bei der betroffenen Person erhoben werden, zum Zeitpunkt ihrer Erfassung oder innerhalb einer angemessenen Frist nach ihrer Erhebung, die den besonderen Umständen, unter denen die Daten erhoben oder auf sonstige Weise verarbeitet wurden, Rechnung trägt, oder, falls die Weitergabe an einen Empfänger – **mit Ausnahme von Auftragsverarbeitern** – beabsichtigt ist, spätestens zum Zeitpunkt der ersten Weitergabe.

Begründung

Durch die Ergänzung der Ausnahme für Auftragsverarbeiter wird klargestellt, dass – entsprechend den Begriffsbestimmungen in Artikel 4 (6) und (7) VO-E – der Auftragsverarbeiter nicht Empfänger im Sinne der Vorschrift ist mit der Folge, dass diesem gegenüber die Informationspflichten nicht bestehen.

Artikel 14 Absatz 4a) (neu)*Vorschlag der Kommission**Änderungsantrag***Absatz 4 a) (neu)**

Steht für die Darstellung der Informationen auf dem jeweiligen Kommunikationsmittel nur begrenzter Raum oder begrenzte Zeit zur Verfügung, so hat der für die Verarbeitung Verantwortliche der betroffenen Person die Informationen nach Absatz 1 a) und b) über dieses Informationsmedium zur Verfügung zu stellen und im Übrigen darauf hinzuweisen, wo die weiteren Informationen gemäß den Absätzen 1, 2 und 3 zugänglich sind.

Begründung

Die Informationspflichten müssen so angepasst werden, dass den technischen Beschränkungen, denen bestimmte Medien unterworfen sind, Rechnung getragen werden kann, wie zum Beispiel dem begrenzten Raum auf Bestellscheinen oder der beschränkten Anzahl von Zeichen auf Displays von bestimmten Mobiltelefonen. In diesen Fällen sollte der für die Verarbeitung Verantwortliche ein Mindestmaß an Informationen auf dem Medium selbst zur Verfügung stellen und im Übrigen auf eine andere Informationsquelle verweisen können.

Artikel 14 Absatz 5 a)*Vorschlag der Kommission*

- a) Die betroffene Person verfügt bereits über die Informationen gemäß den Absätzen 1, 2 und 3 oder

Änderungsantrag

- a) Die betroffene Person verfügt bereits über die Informationen gemäß den Absätzen 1, 2 und 3 **oder muss nach allgemeiner Erfahrung mit einer entsprechenden Datenverarbeitung rechnen.**

Begründung

Durch den Zusatz wird klargestellt, dass die Fälle, in denen die betroffene Person nach allgemeiner Erfahrung mit einer entsprechenden Datenverarbeitung rechnen muss – entsprechend der geltenden Rechtslage – denen gleichzusetzen sind, in denen die Person über die Informationen bereits verfügt. In beiden Konstellationen ist ein berechtigtes Interesse der betroffenen Person an der Informationsvermittlung gemäß Absätzen 1, 2 und 3 nicht erkennbar.

Artikel 14 Absatz 5 b)*Vorschlag der Kommission*

- b) **die Daten werden nicht bei der betroffenen Person erhoben und** die Unterrichtung erweist sich als unmöglich oder ist mit einem unverhältnismäßig hohen Aufwand verbunden oder

Änderungsantrag

- b) die Unterrichtung erweist sich als unmöglich oder ist mit einem unverhältnismäßig hohen Aufwand verbunden oder

Begründung

Durch die Streichung wird klargestellt, dass jeder Fall der Unmöglichkeit der Informationsvermittlung – unabhängig davon, ob die Daten bei der betroffenen Person erhoben worden sind – die Ausnahme von der Informationspflicht begründen muss.

Artikel 14 Absatz 5 c)*Vorschlag der Kommission*

- c) **die Daten werden nicht bei der betroffenen Person erhoben und** die Erfassung oder Weitergabe ist ausdrücklich per Gesetz geregelt oder

Änderungsantrag

- c) die Erfassung oder Weitergabe ist ausdrücklich per Gesetz geregelt oder

Begründung

Es ist kein sachlicher Grund ersichtlich, warum die Ausnahme nur in den Fällen greifen soll, in denen die Daten nicht bei der betroffenen Person erhoben worden sind. Eine Ausnahme ist auch erforderlich, wenn die Daten bei der betroffenen Person erhoben wurden und die Erfassung oder Weitergabe ausdrücklich per Gesetz geregelt ist. Durch die Streichung wird dies klargestellt.

Artikel 14 Absatz 5 d)*Vorschlag der Kommission*

d) die Daten werden nicht bei der betroffenen Person erhoben und die Bereitstellung der Informationen greift nach Maßgabe des Unionsrechts oder des Rechts der Mitgliedstaaten gemäß Artikel 21 in die Rechte und Freiheiten anderer Personen ein.

Änderungsantrag

d) die Bereitstellung der Informationen greift nach Maßgabe des Unionsrechts oder des Rechts der Mitgliedstaaten gemäß Artikel 21 in die Rechte und Freiheiten anderer Personen ein.

Begründung

Es ist kein sachlicher Grund ersichtlich, warum die Ausnahme nur in den Fällen greifen soll, in denen die Daten nicht bei der betroffenen Person erhoben worden sind. Eine Ausnahme ist auch erforderlich, wenn die Daten bei der betroffenen Person erhoben wurden und die Bereitstellung der Informationen greift nach Maßgabe des Unionsrechts oder des Rechts der Mitgliedstaaten gemäß Artikel 21 in die Rechte und Freiheiten anderer Personen ein. Durch die Streichung wird dies klargestellt.

Artikel 14 Absatz 5e (neu)*Vorschlag der Kommission**Änderungsantrag***Abs. 5 e (neu)**

e) die Daten stammen aus allgemein zugänglichen Quellen

Begründung

Die in Absatz 1 bis 4 festgelegten Pflichten sind auch dann unangemessen, wenn die entsprechenden Daten aus einer allgemein zugänglichen Quelle stammen. In diesen Fällen ist kein berechtigtes Interesse der betroffenen Person an der Informationsvermittlung gemäß der Absätze 1, 2 und 3 erkennbar.

Hilfsweise muss in diesem Fall eine Ausnahme für die Vermittlung von Herkunftsinformation gelten. Diese wäre in Artikel 14 Absatz 3 zu textieren (s. o. Vorschlag für Änderungsantrag zu Artikel 14 Absatz 3).

Artikel 14 Absatz 5 f (neu)*Vorschlag der Kommission**Änderungsantrag***Abs. 5 f (neu)**

f) die Verarbeitung dient Zwecken im Hinblick auf die berufliche Tätigkeit der betroffenen Person.

Begründung

Die in Absatz 1 bis 4 festgelegten Pflichten sind auch dann zu weitgehend, wenn die Datenverarbeitung im geschäftlichen Bereich (B2B) erfolgt.

Hilfsweise muss in diesem Fall eine Ausnahme für die Vermittlung von Herkunftsinformation gelten. Diese wäre in Artikel 14 Absatz 3 zu textieren (s. o. Vorschlag für Änderungsantrag zu Artikel 14 Absatz 3).

Artikel 14 Abs. 7*Vorschlag der Kommission**Änderungsantrag*

7. Die Kommission wird ermächtigt, delegierte Rechtsakte nach Maßgabe von Artikel 86 zu erlassen, um Einzelheiten zu den Kategorien von Empfängern gemäß Absatz 1 Buchstabe f, den Anforderungen an Informationen gemäß Absatz 1 Buchstabe g, den Kriterien für die Erteilung sonstiger Informationen im Sinne von Absatz 1 Buchstabe h für verschiedene Bereiche und Verarbeitungssituationen und zu den Bedingungen und geeigneten Garantien im Hinblick auf die Ausnahmen gemäß Absatz 5 Buchstabe b zu regeln. Dabei ergreift die Kommission geeignete Maßnahmen für Kleinst und Kleinunternehmen sowie mittlere Unternehmen.

*Streichung**Begründung*

Delegierte Rechtsakte sind kein sachgerechtes Instrument, um das Datenschutzrecht zu regeln bzw. zu spezifizieren. Das Datenschutzrecht hat die in Einzelfällen schwierige Balance zwischen dem legitimen Interessen des Einzelnen und den Kommunikationsnotwendigkeiten einer modernen Wirtschaft zu erzielen. Das Ergebnis dieses Abwägungsprozesses kann weitreichende Auswirkungen auf Verbraucher und Unternehmen haben und darf daher nicht einer einzigen Institution vorbehalten bleiben.

Artikel 14 Abs. 8*Vorschlag der Kommission**Änderungsantrag*

8. Die Kommission kann Standardvorlagen für die Bereitstellung der Informationen gemäß den Absätzen 1 bis 3 festlegen, wobei sie gegebenenfalls die Besonderheiten und Bedürfnisse der verschiedenen Sektoren und Verarbeitungssituationen berücksichtigt. Die entsprechenden Durchführungsrechtsakte werden in Übereinstimmung mit dem Prüfverfahren gemäß Artikel 87 Absatz 2 erlassen.

*Streichung**Begründung*

Die Rechtssetzungsbefugnisse der Europäischen Kommission sind zu streichen. Durch die Festlegung von Standardvorlagen seitens der Kommission könnten gerade nicht die Besonderheiten des jeweiligen Einzelfalls nicht in ausreichendem Maße berücksichtigt werden.

Artikel 15 *Auskunftsrecht der betroffenen Person*

Artikel 15 Absatz 1

Vorschlag der Kommission

1. Die betroffene Person hat das Recht, von dem für die Verarbeitung Verantwortlichen **jederzeit** eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden oder nicht. Werden personenbezogene Daten verarbeitet, teilt der für die Verarbeitung Verantwortliche Folgendes mit:

Änderungsantrag

1. Die betroffene Person hat das Recht, von dem für die Verarbeitung Verantwortlichen eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden oder nicht. Werden personenbezogene Daten verarbeitet, teilt der für die Verarbeitung Verantwortliche **auf Verlangen der betroffenen Person** Folgendes mit:

Begründung

Die Streichung des Zusatzes „jederzeit“ ist erforderlich, um das Verhältnismäßigkeitsprinzip zu wahren. Überdies sollte die betroffene Person ihre Auskunftsverlangen spezifizieren und damit dem für die Verarbeitung Verantwortlichen die Möglichkeit geben, die Auskunft auf den angefragten Umfang zu beschränken.

Artikel 15 Absatz 1 c)

Vorschlag der Kommission

c) die Empfänger oder Kategorien von Empfängern, an die die personenbezogenen Daten weitergegeben **werden müssen oder weitergegeben** worden sind, speziell bei Empfängern in Drittländern,

Änderungsantrag

c) die Empfänger oder Kategorien von Empfängern - **mit Ausnahme von Auftragsdatenverarbeitern** -, an die die personenbezogenen Daten weitergegeben worden sind, speziell bei Empfängern - **mit Ausnahme von Auftragsdatenverarbeitern** - in Drittländern,

Begründung

Die Ausnahme für Auftragsdatenverarbeiter ist aus Klarstellungsgründen erforderlich. Da es sich bei der Frage, an wen Daten „weitergegeben werden müssen“, um eine komplizierte Rechtsfrage handelt, kann dies nicht Gegenstand einer zu erteilenden Auskunft sein.

Artikel 15 Absatz 1

Vorschlag der Kommission

d) die Dauer, für die die personenbezogenen Daten gespeichert werden,

Änderungsantrag

Streichung

Begründung

Die Dauer der Speicherung unterliegt je nach Datenart unterschiedlichen Anforderungen. Die Information kann auch im Rahmen einer Auskunftsanfrage nicht sinnvoll gegeben werden (siehe auch Anmerkung zu Artikel 14 Absatz 1 Ziffer c))

Artikel 15 Absatz 1 f)*Vorschlag der Kommission*

f) das Bestehen eines Beschwerderechts bei der Aufsichtsbehörde **sowie deren Kontaktdaten,**

Änderungsantrag

f) das Bestehen eines Beschwerderechts bei der Aufsichtsbehörde **und**

Begründung

Eine Pflicht zur Angabe der Kontaktdaten der Aufsichtsbehörde verbunden mit der Haftung für evtl. Falschinformationen würde eine kontinuierliche Überprüfung der entsprechenden Angaben erforderlich machen und damit zu einem unverhältnismäßigen Aufwand gerade für kleine und mittelständische Unternehmen führen.

Artikel 15 Absatz 1 h)*Vorschlag der Kommission*

h) **die Tragweite der Verarbeitung und die mit ihr angestrebten Auswirkungen, zumindest im Fall der Maßnahmen gemäß Artikel 20.**

*Änderungsantrag**Streichung**Begründung*

Es ist unklar, welche Informationen über die „Tragweite der Verarbeitung“ zu geben sind. Vermutlich sollte nicht auf Artikel 20 sondern auf Artikel 21 verwiesen werden. Für diese Erweiterung der Informationspflicht besteht aber auch kein erkennbarer Anlass. Die Ziffer sollte gestrichen werden.

Artikel 15 Absatz 2*Vorschlag der Kommission*

2. Die betroffene Person hat Anspruch darauf, dass ihr von dem für die Verarbeitung Verantwortlichen mitgeteilt wird, welche personenbezogenen Daten verarbeitet werden. **Stellt die betroffene Person den Antrag in elektronischer Form, ist sie auf elektronischem Weg zu unterrichten, sofern sie nichts anderes angibt.**

Änderungsantrag

2. Die betroffene Person hat Anspruch darauf, dass ihr von dem für die Verarbeitung Verantwortlichen mitgeteilt wird, welche personenbezogenen Daten verarbeitet werden.

Begründung

Für den für die Verarbeitung Verantwortlichen ist es bei einer Antragstellung auf elektronischem Weg regelmäßig nicht ohne Weiteres nachprüfbar, ob die Person, über die Auskunft begehrt wird, auch tatsächlich mit der anfragenden Person übereinstimmt. Eine Pflicht zur Unterrichtung auf elektronischem Weg birgt daher die erhebliche Gefahr der Verpflichtung zu unzulässiger Datenweitergabe an Unberechtigte.

Artikel 15 Absatz 2a (neu)*Vorschlag der Kommission**Änderungsantrag***Absatz 2a (neu)**

Die Absätze 1 bis 2 finden in folgenden Fällen keine Anwendung:

- a) Die betroffene Person verfügt bereits über die Informationen gemäß den Absätzen 1 und 2 oder kann nach allgemeiner Erfahrung damit rechnen oder*
- b) die Unterrichtung ist mit einem unverhältnismäßig hohen Aufwand verbunden oder*
- d) die Bereitstellung der Informationen greift nach Maßgabe des Unionsrechts oder des Rechts der Mitgliedstaaten gemäß Artikel 21 in die Rechte und Freiheiten anderer Personen ein oder*
- e) die gespeicherten Daten können auf Grund der von der betroffenen Person bereitgestellten Informationen nicht ohne unverhältnismäßigen Aufwand zur betroffenen Person zugeordnet werden oder*
- f) die betroffene Person hat sich nicht ausreichend identifiziert.*

Begründung

Wie bei den Informationspflichten gemäß Artikel 14 sollten zur Wahrung der Verhältnismäßigkeit angemessene Ausnahmen aufgenommen werden. Insbesondere ist zu berücksichtigen, dass die Auskunftserteilung bei unstrukturierten Daten (beispielsweise in E-Mails) oder in Schutzkopien praktisch nicht für Auskunftserteilungen zugänglich sind.

Artikel 15 Absatz 3*Vorschlag der Kommission**Änderungsantrag*

3. Die Kommission wird ermächtigt, delegierte Rechtsakte nach Maßgabe von Artikel 86 zu erlassen, um Einzelheiten zu den Kriterien und Anforderungen in Bezug auf die Mitteilung über den Inhalt der personenbezogenen Daten gemäß Absatz 1 Buchstabe g an die betroffene Person festzulegen.

*Streichung**Begründung*

Delegierte Rechtsakte sind kein sachgerechtes Instrument, um das Datenschutzrecht zu regeln bzw. zu spezifizieren. Das Datenschutzrecht hat die in Einzelfällen schwierige Balance zwischen dem legitimen Interessen des Einzelnen und den Kommunikationsnotwendigkeiten einer modernen Wirtschaft zu erzielen. Das Ergebnis dieses Abwägungsprozesses kann weitreichende Auswirkungen auf Verbraucher und Unternehmen haben und darf daher nicht einer einzigen Institution vorbehalten bleiben.

Artikel 15 Absatz 4*Vorschlag der Kommission**Änderungsantrag*

4. Die Kommission kann Standardvorlagen und -verfahren für Auskunftsgesuche und die Erteilung der Auskünfte gemäß Absatz 1 festlegen, darunter auch für die Überprüfung der Identität der betroffenen Person und die Mitteilung der personenbezogenen Daten an die betroffene Person, wobei sie gegebenenfalls die Besonderheiten und Bedürfnisse der verschiedenen Sektoren und Verarbeitungssituationen berücksichtigt. Die entsprechenden Durchführungsrechtsakte werden in Übereinstimmung mit dem Prüfverfahren gemäß Artikel 87 Absatz 2 erlassen.

*Streichung**Begründung*

Die Rechtssetzungsbefugnisse der Europäischen Kommission sind zu streichen. Durch die Festlegung von Standardvorlagen seitens der Kommission könnten gerade nicht die Besonderheiten des jeweiligen Einzelfalls nicht in ausreichendem Maße berücksichtigt werden.

ABSCHNITT 3 BERICHTIGUNG UND LÖSCHUNG

ARTIKEL 17 RECHT AUF VERGESSENWERDEN UND AUF LÖSCHUNG

Art. 17 Absatz 1

Vorschlag der Kommission

1. Die betroffene Person hat das Recht, von dem für die Verarbeitung Verantwortlichen die Löschung von sie betreffenden personenbezogenen Daten und die Unterlassung jeglicher weiteren Verbreitung dieser Daten zu verlangen, speziell wenn es sich um personenbezogene Daten handelt, die die betroffene Person im Kindesalter öffentlich gemacht hat, sofern einer der folgenden Gründe zutrifft:
 - a) Die Daten sind für die Zwecke, für die sie erhoben oder auf sonstige Weise verarbeitet wurden, nicht mehr notwendig.
 - b) Die betroffene Person widerruft ihre Einwilligung, auf die sich die Verarbeitung gemäß Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe a stützte, oder die Speicherfrist, für die die Einwilligung gegeben wurde, ist abgelaufen und es fehlt an einer anderweitigen Rechtsgrundlage für die Verarbeitung der Daten.
 - c) Die betroffene Person legt gemäß Artikel 19 Widerspruch gegen die Verarbeitung ein.
 - d) Die Verarbeitung der Daten ist aus anderen Gründen nicht mit der Verordnung vereinbar.

Änderungsantrag

1. Die betroffene Person hat das Recht, von dem für die Verarbeitung Verantwortlichen die Löschung von sie betreffenden personenbezogenen Daten und die Unterlassung jeglicher weiteren Verbreitung dieser Daten zu verlangen, speziell wenn es sich um personenbezogene Daten handelt, die die betroffene Person im Kindesalter öffentlich gemacht hat, sofern einer der folgenden Gründe zutrifft:
 - a) Die Daten sind für die Zwecke, für die sie erhoben oder auf sonstige Weise verarbeitet wurden, nicht mehr notwendig.
 - b) Die betroffene Person widerruft ihre Einwilligung, auf die sich die Verarbeitung gemäß Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe a stützte, oder die Speicherfrist, für die die Einwilligung gegeben wurde, ist abgelaufen und es fehlt an einer anderweitigen Rechtsgrundlage für die Verarbeitung der Daten.
 - c) Die Verarbeitung der Daten ist aus anderen Gründen nicht mit der Verordnung vereinbar.

Begründung

Durch einen Widerspruch gegen die Verarbeitung im Sinne von Art. 19 soll regelmäßig die Verarbeitung für die Zukunft ausgeschlossen werden. Um sicherzustellen, dass die entsprechenden Daten tatsächlich nicht bei zukünftigen Datenverarbeitungsmaßnahmen genutzt werden, dürfen diese gerade nicht gelöscht werden, sondern müssen gesperrt bzw. anderweitig gekennzeichnet werden können.

Art. 17 Absatz 2

Vorschlag der Kommission

2. *Hat der in Absatz 1 genannte für die Verarbeitung Verantwortliche die personenbezogenen Daten öffentlich gemacht, unternimmt er in Bezug auf die Daten, für deren Veröffentlichung er*

Änderungsantrag

Streichung

verantwortlich zeichnet, alle vertretbaren Schritte, auch technischer Art, um Dritte, die die Daten verarbeiten, darüber zu informieren, dass eine betroffene Person von ihnen die Löschung aller Querverweise auf diese personenbezogenen Daten oder von Kopien oder Replikationen dieser Daten verlangt. Hat der für die Verarbeitung Verantwortliche einem Dritten die Veröffentlichung personenbezogener Daten gestattet, liegt die Verantwortung dafür bei dem für die Verarbeitung Verantwortlichen.

Begründung

Diese Pflicht führt zu einem erheblichen und praktisch in vielen Fällen überhaupt nicht umsetzbaren Aufwand für Unternehmen.

Art. 17 Absatz 4 e) (neu)

Vorschlag der Kommission

Änderungsantrag

e) (neu) der für die Verarbeitung Verantwortliche die personenbezogenen Daten weiter aufbewahren muss, um sicherzustellen, dass die weitere Verarbeitung aufgrund eines Widerspruches gemäß Art. 19 ausgeschlossen wird.

Begründung

Durch einen Widerspruch gegen die Verarbeitung im Sinne von Art. 19 soll regelmäßig die Verarbeitung für die Zukunft ausgeschlossen werden. Um sicherzustellen, dass die entsprechenden Daten tatsächlich nicht bei zukünftigen Datenverarbeitungsmaßnahmen genutzt werden, dürfen diese gerade nicht gelöscht werden, sondern müssen gesperrt bzw. anderweitig gekennzeichnet werden können.

Art. 17 Absatz 9

Vorschlag der Kommission

Änderungsantrag

9. Die Kommission wird ermächtigt, delegierte Rechtsakte nach Maßgabe von Artikel 86 zu erlassen, um Einzelheiten festzulegen in Bezug auf

Streichung

a) die Kriterien und Anforderungen im Hinblick auf die Anwendung von Absatz 1 für bestimmte Bereiche und spezielle Verarbeitungssituationen,

b) die Bedingungen für die Löschung gemäß Absatz 2 von Internet-Links, Kopien oder Replikationen von

***personenbezogenen Daten aus öffentlich
zugänglichen Kommunikationsdiensten,***

***c) die Kriterien und Bedingungen für die
Beschränkung der Verarbeitung
personenbezogener Daten gemäß Absatz 4.***

Begründung

Delegierte Rechtsakte sind kein sachgerechtes Instrument, um das Datenschutzrecht zu regeln bzw. zu spezifizieren. Das Datenschutzrecht hat die in Einzelfällen schwierige Balance zwischen dem legitimen Interessen des Einzelnen und den Kommunikationsnotwendigkeiten einer modernen Wirtschaft zu erzielen. Das Ergebnis dieses Abwägungsprozesses kann weitreichende Auswirkungen auf Verbraucher und Unternehmen haben und darf daher nicht einer einzigen Institution vorbehalten bleiben.

ABSCHNITT 4 WIDERSPRUCHSRECHT UND PROFILING

Artikel 19 Widerspruchsrecht

Artikel 19 Absatz 1

Vorschlag der Kommission

1. Die betroffene Person hat das Recht, **aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben**, jederzeit gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten, die aufgrund von Artikel 6 Absatz 1 Buchstaben d, e und f erfolgt, Widerspruch einzulegen, **sofern der für die Verarbeitung Verantwortliche nicht zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen kann, die die Interessen oder Grundrechte und Grundfreiheiten der betroffenen Person überwiegen**.

Änderungsantrag

1. Die betroffene Person hat das Recht, **in den Fällen von Artikel 6 Absatz 1 Buchstaben d), e) und f) jederzeit aus überwiegenden, schutzwürdigen**, sich aus ihrer besonderen Situation ergebenden Gründen **dagegen** Widerspruch einzulegen, dass sie betreffende Daten verarbeitet werden. Im Fall eines berechtigten Widerspruchs kann sich die vom für die Verarbeitung Verantwortlichen vorgenommene Verarbeitung nicht mehr auf diese Daten beziehen;

Begründung:

Die Änderungen übertragen die bewährte Widerspruchsregelung des Artikel 14 a) der Richtlinie 95/46/EG in die Verordnung. Der Verordnungsvorschlag hingegen ändert diese Widerspruchsregelung ohne nachvollziehbaren Grund. Praktische Probleme in diesem Bereich, die eine gesetzgeberische Änderung rechtfertigen würden, sind nicht bekannt. Das gilt umso mehr als die geänderte Regelung nun unmittelbar und damit ohne die Flexibilität der Richtlinie gelten würde.

Artikel 19 Absatz 2

Vorschlag der Kommission

2. Werden personenbezogene Daten verarbeitet, um Direktwerbung zu betreiben, hat die betroffene Person das Recht, dagegen unentgeltlich Widerspruch einzulegen. Die betroffene Person muss ausdrücklich in einer verständlichen **und von anderen Informationen klar abgegrenzten** Form auf dieses Recht hingewiesen werden.

Änderungsantrag

2. Werden personenbezogene Daten verarbeitet, um Direktwerbung zu betreiben, hat die betroffene Person das Recht, dagegen unentgeltlich Widerspruch einzulegen. Die betroffene Person muss ausdrücklich in einer verständlichen Form auf dieses Recht hingewiesen werden. **Im Fall eines Widerspruchs darf der für die Verarbeitung Verantwortliche die betreffenden Daten nicht weiter für Direktwerbung nutzen oder anderweitig verarbeiten.**

Begründung

Die Information über den Widerspruch gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten für Zwecke des Direktmarketing muss ausdrücklich und verständlich erfolgen. Ein klarer, ausdrücklicher und

verständlicher Hinweis ist auch dort möglich, wo – wie etwa auf einer Postkarte – infolge begrenzten Platzes eine räumliche Abgrenzung von anderen Informationen vielfach nicht möglich sein wird, insbesondere auch im Zusammenhang mit der wachsenden Zahl anderweitiger gesetzlich vorgeschriebener Informationen. Die Rechtsfolgenregelung im Falle eines Widerspruchs ist besser ebenfalls in Absatz 2 aufgehoben.

Erwägungsgrund 57 (zu Artikel 19 Abs. 2)

Vorschlag der Kommission

Werden personenbezogene Daten verarbeitet, um Direktwerbung *für nichtkommerzielle Zwecke* zu betreiben, sollte die betroffene Person unentgeltlich, einfach und effektiv Widerspruch gegen eine solche Verarbeitung einlegen können.

Änderungsantrag

Werden personenbezogene Daten verarbeitet, um Direktwerbung zu betreiben, sollte die betroffene Person unentgeltlich, einfach und effektiv Widerspruch gegen eine solche Verarbeitung einlegen können.

Begründung

Das Widerspruchsrecht soll sowohl bei kommerzieller als auch bei nicht kommerziell motivierter Direktwerbung bestehen.

Artikel 19 Absatz 3

Vorschlag der Kommission

3. Im Falle eines Widerspruchs gemäß den Absätzen 1 und 2 darf der für die Verarbeitung Verantwortliche die betreffenden personenbezogenen Daten nicht weiter nutzen oder anderweitig verarbeiten.

Änderungsantrag

Streichung

Begründung

Die Folgen eines Widerspruchs sind fallspezifisch in den Absätzen 1 und 2 zu regeln.

Artikel 20

Auf Profiling basierende Maßnahmen

Artikel 20 Abs. 1

Vorschlag der Kommission

(1) Eine natürliche Person hat das Recht, nicht einer auf einer rein automatisierten Verarbeitung von Daten basierenden Maßnahme unterworfen zu werden, die ihr gegenüber rechtliche Wirkungen entfaltet *oder sie in maßgeblicher Weise beeinträchtigt* und deren Zweck in der Auswertung bestimmter Merkmale ihrer Person oder in der Analyse

Änderungsantrag

(1) Eine natürliche Person hat das Recht, nicht einer auf einer rein automatisierten Verarbeitung von Daten basierenden Maßnahme unterworfen zu werden, die ihr gegenüber rechtliche Wirkungen entfaltet und deren Zweck in der Auswertung bestimmter Merkmale ihrer Person oder in der Analyse beziehungsweise Voraussage etwa ihrer

beziehungsweise Voraussage etwa ihrer beruflichen Leistungsfähigkeit, ihrer wirtschaftlichen Situation, ihres Aufenthaltsorts, ihres Gesundheitszustands, ihrer persönlichen Vorlieben, ihrer Zuverlässigkeit oder ihres Verhaltens besteht.

beruflichen Leistungsfähigkeit, ihrer wirtschaftlichen Situation, ihres Aufenthaltsorts, ihres Gesundheitszustands, ihrer persönlichen Vorlieben, ihrer Zuverlässigkeit oder ihres Verhaltens besteht.

Begründung

Die Folge der „Beeinträchtigung in maßgeblicher Weise“ ist im Vergleich zu der alternativen Bedingung der „Entfaltung rechtlicher Wirkung“ nicht hinreichend bestimmt und sollte aus Gründen der Rechtssicherheit gestrichen werden.

Erwägungsgrund 58 (zu Artikel 20)

Vorschlag der Kommission

Eine natürliche Person braucht sich keiner Maßnahme unterwerfen lassen, die auf Profiling im Wege der automatischen Datenverarbeitung basiert. Eine *solche* Maßnahme sollte allerdings erlaubt sein, wenn sie ausdrücklich per Gesetz genehmigt wurde, bei Abschluss oder in Erfüllung eines Vertrags durchgeführt wird oder wenn die betroffene Person ihre Einwilligung hierzu erteilt hat. In jedem Fall sollte eine solche Verarbeitung mit angemessenen Garantien verbunden werden wie der Unterrichtung der betroffenen Person oder dem Anspruch auf direkten persönlichen Kontakt sowie dem generellen Ausschluss von Kindern von einer solchen Maßnahme.

Änderungsantrag

Eine natürliche Person braucht sich keiner Maßnahme unterwerfen lassen, die auf Profiling im Wege der automatischen Datenverarbeitung basiert **und ihr gegenüber rechtliche Wirkungen entfaltet oder sie in maßgeblicher Weise beeinträchtigt. Tatsächliche Beeinträchtigungen müssen in ihrer Intensität der Entfaltung rechtlicher Wirkung vergleichbar sein, um unter die Vorschrift zu fallen. Das gilt nicht für Maßnahmen der kommunikativen Ansprache durch Unternehmen, beispielsweise im Rahmen der Kundenbindung oder -gewinnung, die deshalb keine Beeinträchtigung in maßgeblicher Weise darstellen.**

Eine Maßnahme, **die auf Profiling im Wege der automatischen Datenverarbeitung basiert und gegenüber der betroffenen Person rechtliche Wirkungen entfaltet oder sie in maßgeblicher Weise beeinträchtigt**, sollte allerdings erlaubt sein, wenn sie ausdrücklich per Gesetz genehmigt wurde, bei Abschluss oder in Erfüllung eines Vertrags durchgeführt wird oder wenn die betroffene Person ihre Einwilligung hierzu erteilt hat. In jedem Fall sollte eine solche Verarbeitung mit angemessenen Garantien verbunden werden wie der Unterrichtung der betroffenen Person oder dem Anspruch auf direkten persönlichen Kontakt sowie dem generellen Ausschluss von Kindern von einer solchen Maßnahme.

Begründung:

Durch den Zusatz wird klargestellt, dass die kommunikative Ansprache durch Unternehmen, beispielweise im Rahmen der Kundenbindung oder -gewinnung bzw. sonstiger kommerzieller Kommunikation regelmäßig keine Beeinträchtigung in maßgeblicher Weise im Sinne von Artikel 20 Absatz 1 darstellt. Eine Beeinträchtigung in maßgeblicher Weise muss vergleichbar gravierende Folgen für die betroffene Person entfalten wie die weitere Alternative der „rechtlichen Wirkung“. Diese Voraussetzung ist bei der bloßen kommunikativen Ansprache von Verbrauchern, beispielsweise zu werblichen Zwecken, nicht erfüllt.

Die Anregung für einen Änderungsantrag in Erwägungsgrund 58 ist hinfällig, wenn der vorgeschlagene weiter gehenden Änderungsantrag zu Artikel 20 Absatz 1 im weiteren Verfahren übernommen wird.

Artikel 20*Vorschlag der Kommission**Änderungsantrag*

(5) Die Kommission wird ermächtigt, delegierte Rechtsakte nach Maßgabe von Artikel 86 zu erlassen, um die Kriterien und Bedingungen, die für geeignete Maßnahmen zur Wahrung der berechtigten Interessen gemäß Absatz 2 gelten sollen, näher zu regeln.

*Streichung**Begründung*

Delegierte Rechtsakte sind kein sachgerechtes Instrument, um das Datenschutzrecht zu regeln bzw. zu spezifizieren. Das Datenschutzrecht hat die in Einzelfällen schwierige Balance zwischen dem legitimen Interessen des Einzelnen und den Kommunikationsnotwendigkeiten einer modernen Wirtschaft zu erzielen. Das Ergebnis dieses Abwägungsprozesses kann weitreichende Auswirkungen auf Verbraucher und Unternehmen haben und darf daher nicht einer einzigen Institution vorbehalten bleiben.